

Rede von Karl-Heinz Lambertz, Parlamentspräsident der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens

Verleihung des Europäischen Sozialpreises zu Eschweiler 2015 an Herrn Heinz Jussen

Eschweiler – 3. Oktober 2015

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Frau stellvertretende Städteregionsrätin,
lieber Herr Jussen,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

lassen Sie mich in diesem prächtig gefüllten Rathaussaal hier in Eschweiler mit einem Zitat beginnen: „Wenn wir es nicht schaffen, in den nächsten zehn Jahren aus dieser höchst erfolgreichen wirtschaftlichen Konstruktion Europa auch eine sozialpolitisch erfolgreiche Europäische Union zu machen, dann wird Europa scheitern.“ Wer könnte das gesagt haben? Das Zitat stammt von Jean-Claude Juncker, als er 2006 in Aachen den Karlspreis in Empfang genommen und eine sehr beachtenswerte Rede an das deutsche Volk gehalten hat. Von den von ihm genannten zehn Jahren bleibt nur noch eines übrig – das ist verdammt wenig Zeit.

Als Jean-Claude Juncker 2014 in die Lage versetzt wurde, seine damalige Forderung als Präsident der EU-Kommission auch selbst einzulösen, sprach er von der Notwendigkeit eines „Triple A“ für das soziale Europa. In Finanzkreisen entspricht „Triple A“ der Bestnote, wenngleich solche Rankings in der Vergangenheit nicht immer die Realität widerspiegeln haben. Am 9. September 2015 hat Jean-Claude Juncker in seiner Straßburger Rede zur Lage der Europäischen Union erneut von der Notwendigkeit einer starken europäischen Säule mit sozialen Rechten gesprochen.

Aber wird die EU diesem Anspruch zurzeit in irgendeiner Form gerecht? Erleben wir nicht in Wirklichkeit genau das Gegenteil? Wenn wir uns in Europa umschauen, sehen wir selten Aufbau und Erweiterung, sondern meistens und an vielen Stellen Abbau von sozialen Errungenschaften. Wir sehen eine kontinuierliche Zunahme von Armut – selbst in reichen Staaten – und wir sehen vor allem eine Kluft zwischen Arm und Reich, die nicht kleiner, sondern immer größer wird. Und wenn man vom europäischen Sozialstaatsmodell spricht, gilt man für viele schon als Kryptokommunist oder als jemand aus einer vergangenen Epoche, der nicht verstanden hat, wie die Zeichen der Zeit stehen.

Es gibt verschiedentlich zwar auch beglückende Augenblicke von Solidaritätsbekundungen, aber man kann mit bloßem Auge leicht erkennen, wie

sich unsere westeuropäische Gesellschaft zunehmend durch Entsolidarisierung kennzeichnet. Da heißt es „jeder für sich“ und oft erlebt man Solidarität nur in der Form eines kollektiven Egoismus, wo gemeinsam irgendetwas bekämpft wird, was im eigenen Vorgarten zu geschehen droht. Das ist ein Stück europäischer Wirklichkeit hier und heute, und es wäre sicherlich viel angenehmer, bei einer Preisverleihung für einen europäischen Sozialpreis von einem anderen Europa sprechen zu können.

Gibt es das europäische Sozialstaatsmodell überhaupt noch und wie zukunftstüchtig ist es? Dieser Frage möchte ich heute etwas näher nachgehen. Das kann ich in der gebotenen Zeit selbstverständlich nur skizzenhaft tun. Wenn wir uns innerhalb Europas darüber unterhalten, was eigentlich das Sozialstaatsmodell ist – diese Diskussion erlebe ich regelmäßig im Ausschuss der Regionen der Europäischen Union, wo ich gewisse Verantwortung trage – dann stoße ich immer wieder auf Gegensätze und auf sehr unterschiedliche Auffassungen zwischen dem Norden und dem Süden sowie zwischen dem Westen und dem Osten Europas. Selbst die, die mehr in der Mitte Europas leben, sind sich oft nicht darüber einig, was eigentlich „europäisches Sozialstaatsmodell“ für sie bedeutet.

Um Ihnen das als Belgier an einem deutschen Thema zu verdeutlichen, möchte ich vom gesetzlichen Mindestlohn reden, den in Belgien selbst die Konservativen nicht in Frage stellen und den man in Deutschland sehr lange überspitzt ausgedrückt entweder als „neues Wundermittel für soziale Gerechtigkeit“ oder aber als „Gift für die Wettbewerbsfähigkeit“ angesehen hat. Wenn ich dann im Einzelnen sehen will, wie ein Gemeinwesen organisiert werden muss, damit es dem Anspruch eines modernen Sozialstaates entspricht, bei dem das Gleichgewicht zwischen Leistungsbereitschaft und Solidarität gewahrt bleibt, dann werde ich quer durch Europa höchst unterschiedliche Ansichten antreffen – auch von Politikern aus denselben politischen Familien. Wenn ich verstehen, fühlen und begreifen will, was das europäische Sozialstaatsmodell kennzeichnet, dann steige ich am besten in ein Flugzeug nach Südamerika, Nordamerika, Afrika oder Asien. Nachdem ich die dort herrschenden sozialen Verhältnisse kennengelernt habe, begreife ich sehr schnell, was wir hier in Europa gemeinsam haben. Im Unterschied zur Situation in den USA, braucht hierzulande kein normaler Mittelständler die sehr schwierige Entscheidung zu treffen, ob er nun das Studium seiner Kinder bezahlen oder aber eine Krankenversicherung abschließen will. Und wenn ich die schlimmen Verhältnisse der Gast- und Wanderarbeiter in China sehe, dann sind die Standards in Europa fast schon paradiesisch.

Auch darauf ist Jean-Claude Juncker am 9. September in seiner Rede zur Lage der Union eingegangen, als er im Zusammenhang mit dem Flüchtlingsthema sagte: „Wenn so viele Menschen aus bitteren Not ihre Zuflucht in Europa suchen, dann auch deshalb, weil unser Sozialstaatsmodell diese Leuchtkraft hat“. Er hat einen sehr wichtigen Satz hinzugefügt: „Dies ist etwas, was uns eigentlich nicht Angst einjagen, sondern stolz machen sollte“.

Ja, das europäische Sozialstaatsmodell besteht und trotz aller Unterschiede und Kontroversen auf der Ebene der Details haben wir da etwas zu verteidigen, zu entwickeln und zukunftssicher zu machen, was unseren Kontinent und unser Zusammenleben insbesondere in der Europäischen Union auszeichnet. Aus der historischen Perspektive heraus betrachtet, können wir auf das europäische Sozialstaatsmodell zu Recht stolz sein.

Ich werde in den nächsten Tagen Kärnten besuchen. Bei der Vorbereitung dieser Reise bin ich auf einen dort immer noch bekannten Eupener Industriellen gestoßen, der im 18. Jahrhundert von Eupen nach Kärnten ausgewandert ist, um dort im Auftrag der Kaiserin Maria-Theresia ein Textil-Unternehmen aufzubauen. Dieser Mann ist auch deshalb in Klagenfurt berühmt geworden, weil er neben seiner Fabrik ein Waisenhaus für mehrere hundert Kinder errichtet hat. Bei näherem Hinschauen erfährt man, dass diese Waisenkinder ab dem Alter von acht, neun Jahren 14 Stunden pro Tag in der Textilfabrik arbeiten mussten. So etwas gibt es heutzutage – zumindest in Europa – nicht mehr. Damals galt diese Praxis jedoch als völlig normal. Viele Dinge, die hierzulande tagtäglich und ganz selbstverständlich in Anspruch genommen werden, sind hart erkämpfte soziale Errungenschaften. Darauf können wir nicht nur stolz sein, sondern wir müssen es auch als Herausforderung für die Gegenwart und die Zukunft verstehen. Der Sozialstaat muss auch weiterhin ein wichtiges Element unseres Zusammenlebens bleiben. Das heißt nicht, dass wir alles so lassen können, wie es immer war. Manchmal muss man sehr viel ändern, damit die Dinge so bleiben, wie sie sind. Wenn wir die Zukunftstüchtigkeit des Sozialstaatsmodells absichern wollen, müssen wir eine sehr profunde Ursachenforschung betreiben, Veränderungen gründlich untersuchen und vor allem darauf verzichten, uns die Welt so schön zu reden, wie wir sie gerne hätten.

Dabei werden wir gewaltige Herausforderungen entdecken. Eine der wichtigsten ist der Frieden. Wir leben hierzulande in friedlichen Verhältnissen. Einige Flugstunden entfernt sieht die Welt ganz anders aus. Die Flüchtlingsthematik in Europa hat viel mit kriegerischen Ereignissen anderswo zu tun. Auch in Westeuropa müssen wir uns der Tatsache bewusst sein, dass demographische und klimabedingte Veränderungen anstehen, die uns in den kommenden Jahrzehnten vor gewaltige Herausforderungen stellen und die durchaus in der Lage sind, die Grundlagen des Europäischen Sozialstaatsmodells in Gefahr zu bringen. Die soziale Sicherheit kann auf Dauer nicht über Lohnnebenkosten finanziert werden und damit das Arbeitslosengeld für diejenigen aufbringen, die ihren Arbeitsplatz verloren haben, weil Betriebe ihre Produktivität und Rentabilität durch Arbeitsplatzabbau und Automatisierung steigern.

Die technologischen Entwicklungen sind gewaltigen Ausmaßes. Wenn man den Thesen von Jeremy Rifkin in seinem Buch „Die Null-Grenzkosten-Gesellschaft“ Glauben schenken darf, wird in Zukunft sogar das Verhältnis zwischen Produzent und Konsument so umgekrempelt, dass es ein und dieselbe Person ist. Da sind wir übrigens alle schon viel weiter, als es den meisten von uns bewusst ist. Wissen sie beispielsweise, dass Sie kostenlos für Ihre Bank arbeiten, wenn Sie Telebanking

betreiben und damit vielen Menschen den Arbeitsplatz wegnehmen? Das ist nur der kleine erste Schritt in einer ganz gewaltigen Entwicklung, die auf uns zukommt.

Wir leben in einer Welt, die noch nie so reich war wie heute und in der unvorstellbare Geldsummen zirkulieren. Das Entstehen und vor allem das Verteilen dieses Reichtums unterliegt einer Dynamik, die trotz aller sozialpolitischen Anstrengungen die Reichen immer reicher und die Ärmern immer ärmer werden lässt. Wer das im Einzelnen verstehen will, kann einige Antworten bei Karl Marx finden. Ich weiß nicht, ob viele von Ihnen die drei Bände von „Das Kapital“ gelesen haben. Das ist nicht unbedingt eine spannende Lektüre, aber zumindest eine lehrreiche.

Es lohnt sich vor allem, das Buch von Thomas Piketty „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ zu lesen. Dort erfährt man zum Beispiel, wie gewaltig der Reichtum der zehn Prozent reichsten Menschen auf der Welt ist. Weiterhin erfährt man, dass etwa 14 % der Menschen, die nach 1976 geboren sind, mehr erben werden als die Hälfte der Menschheit in ihrem ganzen Leben durch Arbeit verdienen wird. Diese hochinteressanten Erkenntnisse hören sich sehr mathematisch an, aber dahinter versteckt sich eine bedenkliche Realität. Es ist nicht der Reichtum, der fehlt, um weltweit eine gerechte und soziale Gesellschaft aufzubauen. Das eigentliche Problem ist die Art und Weise, wie dieser Reichtum verteilt ist.

Es ist nicht akzeptabel, dass man hier und heute im 21. Jahrhundert mit Geldanlagen und Spekulation mehr Geld verdienen kann als durch redliche Arbeit und klassisches Unternehmertum. Es ist auch nicht akzeptabel, dass jemand, der von morgens bis abends einer Erwerbstätigkeit nachgeht, dabei nicht genügend Geld verdient, um sich selbst und einen Teil seiner Familie vernünftig ernähren zu können. Es ist noch weniger akzeptabel, dass die beruflichen Chancen junger Menschen heute immer noch – und dies mehr als vor einer gar nicht so fernen Zeit – davon abhängen, ob ihre Eltern reich sind, und viel weniger davon, ob diese jungen Leute intelligent und fleißig sind. Das sind Fakten, die sehr viel mit sozialer Gerechtigkeit zu tun haben. Solange wir daran nichts ändern können oder wollen bzw. dazu nicht in der Lage sind, werden wir den Symptomen immer nur nachlaufen und die Ursachen nicht wirklich beseitigen.

Wenn wir uns mit den Ursachen beschäftigen wollen, dann müssen wir wissen, auf welcher Ebene wir handeln und welche Werte unser Handeln bestimmen. Wir müssen bereit sein, nicht nur darüber zu reden, sondern auch und vor allem konsequent zu handeln.

Die Probleme, die ich hier ansatzweise angesprochen habe, wird man nicht durch eine Rückkehr zu rein nationalen oder lokalen Lösungsansätzen bewältigen können. Das wird nur gelingen, wenn man weltweite – und auf jeden Fall europaweite – Politikansätze umsetzt.

Das gilt für die Menschenrechte ebenso wie für die Friedenssicherung oder für die aktuell sehr oft besprochenen 17 Ziele der nachhaltigen Entwicklung, die ja die nicht erreichten Millenniumsziele ersetzen sollen. Das gilt auch für das Schaffen von wirklich vernünftigen Rahmenbedingungen für verantwortliches wirtschaftliches Handeln und nicht zuletzt für den Erhalt und die Stärkung der Handlungsfähigkeit der Staaten und der Gebietskörperschaften.

Wenn wir ein wirklich soziales Europa wollen, brauchen wir starke Staaten mit handlungsfähigen Gebietskörperschaften, deren Investitionsfähigkeit zurzeit durch die europäischen Buchhaltungs-, Defizit- und Verschuldungsnormen eingeschränkt und teilweise sogar zerstört wird. In Kombination mit den europäischen Buchhaltungsnormen SEC2010 droht diese unter deutschem Einfluss – sowohl seitens der CDU als auch der SPD – entstandene „goldene“ Regel zur Staatsverschuldung de facto die Investitionskapazität der Gebietskörperschaften unangemessen einzuschränken und unter gewissen Umständen sogar zu zerstören. Dies ist darauf zurückzuführen, dass nach deutschem Modell eine Schuldenbremse eingeführt wird, die die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften weitgehend daran hindert, Kredite zur Finanzierung von Infrastrukturausgaben aufzunehmen, während sie gleichzeitig diese Ausgaben nicht wie in der Privatwirtschaft über viele Jahre amortisieren können, sondern integral in dem Jahr in ihrem Haushalt verbuchen müssen, in dem diese Ausgaben getätigt werden. Die destruktiven Folgen dieser Knebelung der Investitionskapazität der Gebietskörperschaften werden dazu führen, dass man etwas salopp ausgedrückt – auch in Deutschland – eine Schule bald daran erkennen kann, dass sie der heruntergekommenste Bau der Stadt ist, und dass der Zustand deutscher Straßen schon bald dem der belgischen ähnelt.

Sie sehen, meine Damen und Herren, wir haben ein breites Feld an politischem Handlungsbedarf, für den zu kämpfen eine wahrhaft wichtige europäische Aufgabe ist. Martin Schulz hat 2012 in Straßburg in seiner Eintrittsrede als Parlamentspräsident vor einem Paradigmenwechsel gewarnt. „Europa war in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts die Hoffnung der Menschen auf eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen, mittlerweile droht Europa vor allem als eine Gefahr angesehen zu werden, die in der Wahrnehmung kein Plus sondern ein Minus bedeutet“. Diese Gefahr müssen wir umkehren, sonst sehen wir sehr schlechten Zeiten entgegen.

Um das dringend notwendige Umdenken zu erreichen, genügt es nicht, die staatliche oder politische Ebene alleine zu mobilisieren. Dies bedarf eines starken solidarischen und bürgerschaftlichen Engagements. Hier ist ein Jeder gefordert! Und das erleben wir zurzeit auf beeindruckende Art und Weise an vielen Stellen hierzulande und anderswo. Bei der Aufnahme von Flüchtlingen erleben wir in beeindruckender Weise die Bereitschaft, Menschen in Not ohne Wenn und Aber aufzunehmen. Wenn man die Arbeit der Ehrenamtlichen vor Ort erlebt, die pensionierten Ärzte, die Lehrpersonen, die Menschen, die sich frei nehmen, um zu helfen, dann macht das Mut. Aber wir müssen auch wissen, dass diese Dynamik nicht unbegrenzt anhalten wird, wenn es uns nicht gelingt, auf Ursachen und Rahmenbedingungen einen steuernden Einfluss auszuüben. In

jedem Fall ist dieses solidarische bürgerschaftliche Engagement von fundamentaler Bedeutung für die Zukunftsgestaltung. Es lässt Begeisterung entstehen und prägt auch seit vielen Jahren den Europäischen Sozialpreis. Dafür steht in hervorragender Weise der diesjährige Preisträger. Dazu werde ich aber nichts sagen, denn ich bin ja nicht der Laudator, dessen Laudatio ich keinesfalls vorwegnehmen möchte.

Ich war gestern Abend auf einer Veranstaltung zum Tag der Deutschen Einheit in Frankfurt. Dort sagte der Bundestagspräsident etwas sehr Gewagtes. Er sprach von der deutschen Einheit und meinte, manchmal sei es gut, wenn man im Voraus nicht immer weiß, was alles kommen wird; sonst würde man vieles vielleicht erst gar nicht machen. Die Entscheidungen rund um die deutsche Einheit waren sicherlich vom Prinzip her richtig, wenngleich man im Nachhinein im Detail vieles anders hätte machen können. Dasselbe könnte man von der EU-Osterweiterung 2004 und sicherlich auch von der jetzigen Flüchtlingsproblematik sagen, die der Bundestagspräsident im zweiten Teil seiner Rede angesprochen hat.

Abschließend möchte ich folgendes sagen: Wenn wir in Europa weiterkommen möchten, brauchen wir Begeisterung. Begeisterung kann man auf Geschichte aufbauen, aber man muss sie immer in der Gegenwart leben und sie lässt sich nur dann aufrechterhalten, wenn es eine Zukunftsperspektive gibt. Diese Perspektive müssen wir alle da konkret umsetzen, wo wir leben. Durchhalten werden wir auf diesem Weg jedoch nur dann, wenn wir wirklich an die Zukunft Europas glauben.

Ich bin fest davon überzeugt, dass wir die großen Herausforderungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts nur in einem europäischen Kontext meistern können. Deshalb zitiere ich immer gerne einen Satz aus der bedeutenden europapolitischen Rede des deutschen Bundespräsidenten, Joachim Gauck, vom 23. Februar 2013. Er sagte damals in einem Plädoyer für mehr Europa: „Mehr Europa fordert mehr Mut bei allen. Europa braucht keine Bedenkenträger, sondern Bannerträger, keine Zauderer, sondern Zupacker, keine Getriebenen, sondern Gestalter.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren, unser heute zu ehrender Preisträger gehört zu diesen Gestaltern!

Ich danke Ihnen allen recht herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.